

## Heidelberger Erklärung gegen Studiengebühren

**Studiengebühren sind auch ein Jahr nach ihrer Einführung nicht akzeptabel. Wir fordern die Abschaffung der Studiengebühren und unterstützen alle, die sich mit diesem Ziel an einem Boykott der Studiengebühren beteiligen.**

### Kurze Geschichte der Studiengebühren

In der Bundesrepublik Deutschland wurden in den 1970er Jahren die Hörgelder, welche Vorläufer der heutigen Studiengebühren waren, an den Universitäten und Hochschulen abgeschafft. Gründe waren damals das heftige Aufbegehren der Studierenden, die unter anderem die Zahlung der Hörgelder boykottierten, sowie der sich durchsetzende Gedanke, dass grundsätzlich jeder das Recht auf Bildung habe und dieses einer größeren Masse an BürgerInnen gewährleistet werden müsse.

Im Oktober 1973 verlieh die Bundesregierung diesem Gedanken Ausdruck und ratifizierte den „UN-Pakt über soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rechte“, der dadurch in Deutschland geltendes Bundesrecht ist.

Mit diesem Akt verpflichtete sich die Bundesregierung in Artikel 13c dazu, dass „Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch die allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen [...] zugänglich gemacht werden muss“. Dies wurde mit der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention 1992 nochmals bekräftigt. Als logische Folge daraus hätten eigentlich auch alle sonstigen Gebühren des Bildungswesens zurückgenommen werden müssen.

1998 versuchte die Bundesregierung, Studiengebühren mittels des Hochschulrahmengesetzes bundesweit zu verbieten. Im Laufe dieses Prozesses gab das Bundesverfassungsgericht am 26. Januar 2005 in einem geschichtsträchtigen Urteil bekannt, dass Studiengebühren nicht generell bundesweit verboten werden dürfen, weil dies in die Kompetenzbereiche der Bundesländer falle. In Folge dessen sind seit 2006 in nunmehr sieben Bundesländern Studiengebühren eingeführt worden.

### Die finanzielle Situation der Studierenden in Baden-Württemberg

Studierende in Baden-Württemberg müssen seit dem Sommersemester 2007 pro Semester 500 Euro Studiengebühren zahlen. Zusammen mit den bereits zu zahlenden Verwaltungsgebühren und dem Studentenwerksbeitrag führt dies zu einer Mindestbelastung von fast 600 Euro im Semester. Vielerorts kommt zudem die stetige Verteuerung des Semestertickets hinzu, auf das viele Studierende angewiesen sind. In Heidelberg hat sich der Preis des Tickets seit 2002 fast verdoppelt. Auch Kosten für Krankenversicherung, Bürobedarf, zahllose Kopien, Texte, Bücher und Reader dürfen nicht vergessen werden.

Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) zeigt die Bedeutung des BAföG für die Studienfinanzierung auf: 79% der BAföG-EmpfängerInnen gaben im Sommersemester 2006 an, ohne die Förderung durch das BAföG nicht studieren zu können. Die seit Jahren geringe Bildungsbeteiligung der Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen stieg nach der letzten Erhöhung des BAföG-Satzes 2001 von 12% auf 18% an. Laut DSW ist sie jedoch mittlerweile wieder deutlich abgesunken.

Dennoch wird seit 2006 das Kindergeld nur noch bis zum 25. statt bis zum 27. Lebensjahr gezahlt, wobei die letzte BAföG-Erhöhung sieben Jahre zurückliegt. Auch die für Oktober 2008 verabschiedete Anpassung von Freibeträgen und Bedarfssätzen ist unzureichend, da der Inflationsausgleich für die Jahre 2007 und 2008 nicht einbezogen wurde.

Die Einführung von Studiengebühren führt nicht nur zu einer dramatischen Verschlechterung der finanziellen Situation der Studierenden, sondern auch zu einer Verstärkung der Abhängigkeit Studierender von Staat und Elternhaus. Dadurch werden die Berufswahl und das selbstbestimmte Studieren eingeschränkt. Des Weiteren steht dies im Widerspruch zur geforderten Verkürzung der Studiendauer: Immer mehr Studierende sind gezwungen, ihr Studium durch Jobs zu finanzieren oder sogar vorübergehend die Hochschule zu verlassen, indem sie ein gebührenfreies Urlaubssemester einlegen. Dies bringt oft zwangsläufig schwächere Studienleistungen und längere Studienzeiten mit sich.

### **Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg**

Häufig können SchulabgängerInnen aus einkommensschwächeren Elternhäusern angesichts der finanziellen Belastung die Möglichkeit eines Studiums nicht mehr in Betracht ziehen. Die Zahlen (DSW) bestätigen dies: Nur etwa jedes 10. „Arbeiterkind“ schafft es auf eine Hochschule. Bei Kindern bzw. jungen Erwachsenen aus sozioökonomisch gut situierten Familien sind es dagegen 89 %. Die PISA-Studie und der Bericht des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, haben die verheerende Selektionswirkung des deutschen Bildungssystems nachgewiesen. Kein anderes der weltweit miteinander verglichenen Länder weist eine derart starke Abhängigkeit des Schulerfolges von der finanziellen Situation des Elternhauses auf wie Deutschland. Allein die Aufteilung Neunjähriger auf die verschiedenen Schullaufbahnen anhand völlig unzureichender Kriterien ist eine Garantie für soziale Selektion. Laut Muñoz verstößt das deutsche Bildungswesen unter diesen Gesichtspunkten gegen international geltendes Recht.

Im baden-württembergischen Hochschulgebührengesetz werden nur in wenigen und zum Teil willkürlichen Ausnahmefällen die Studiengebühren erlassen. Alle anderen Studierenden, die 500 Euro nicht selbst oder über ihre Eltern finanzieren können, haben in Baden-Württemberg die Möglichkeit, bei der L-Bank einen Kredit aufzunehmen. Der Zinssatz beträgt momentan 8,01% (Stand: 12.11.2007). Für BAföG-Verschuldung und L-Bank-Kredit zusammen gibt es eine Verschuldungsobergrenze von 15.000 Euro zzgl. Zinsen. Von einer „sozialverträglichen“ Form der Studienfinanzierung kann keinesfalls die Rede sein, da gerade Kreditnehmer insgesamt wesentlich mehr Geld zur Studiengebührenfinanzierung aufbringen müssen als nicht auf Kredite angewiesene „direkt zahlende“ Studierende. Schon allein die Verwendung des Terminus „Sozialverträglichkeit“ als ein Grenzwert, mit dem die Belastbarkeit des Einzelnen von oben herab festgelegt wird, unterstreicht die Ignoranz, mit der hier Politik betrieben wird. Es stellt sich vielmehr die Frage, wie man in Anbetracht dessen die abschreckende Wirkung von Studiengebühren immer noch ernsthaft bezweifeln kann. So brach zum Beispiel die Zahl der Erstimmatrikulierten an der Universität Heidelberg im Sommersemester 2007 mit der Einführung der Studiengebühren im Vergleich zum vorhergehenden Sommersemester um 30% ein (Studierendenstatistik Uni Heidelberg SoSe 2007).

Das alles lässt sich mit dem angekündigten Vorhaben der Bundes- und Landesregierung, den prozentualen Anteil von HochschulabsolventInnen eines Jahrgangs zu steigern, nicht vereinbaren. Schon jetzt liegt Deutschland weit unter dem OECD-Durchschnitt.

### **Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik**

Im Zuge der stattfindenden Hochschulreform wurde die Organisation von Hochschulen entscheidend geändert. Die jahrelange Selbstverwaltung der Hochschulen wurde abgeschafft, ein nicht demokratisch legitimierter Aufsichtsrat als höchstes Gremium eingesetzt und die demokratischen Strukturen der Hochschulen und die Möglichkeiten der studentischen Mitbestimmung weiter abgeschwächt.

Parallel wurden die Studiengänge umgerüstet und die herkömmlichen Abschlüsse Diplom und Magister abgeschafft. An ihre Stelle tritt nun der „Bachelor“ als Abschluss, der nach sechs Semestern als erster vollwertiger Studienabschluss zu erreichen ist. Ihm kann der viersemestrigere „Master“ folgen, der in etwa mit dem heutigen Diplom vergleichbar ist. Der Übergang von „Bachelor“ zu „Master“ bringt zwei Probleme mit sich: Zunächst einmal gibt es weit weniger „Master“-Studienplätze als „Bachelor“-AbsolventInnen. Es wird erneut eine Selektion durchgeführt. Außerdem gilt für „Master“-Studiengänge nicht mehr die aktuelle Grenze von 500€ pro Semester. Schon heute gibt es „Master“-Studiengänge in Deutschland, die mehrere hundert oder gar tausend Euro pro Semester kosten, da ihre Preise anhand einer Vollkostendeckung berechnet werden. Die Studiengänge selbst sind stark verschult und dienen vorrangig der Schaffung von arbeitsmarktfähigen *human resources* und nachrangig der Bildung von Menschen.

Die Lehre kann durch Studiengebühren auf Dauer nicht verbessert werden. Es ist vielmehr zu erwarten, dass Studiengebühren lediglich unzureichend die Lücken stopfen, die durch Mittelkürzungen der jeweiligen Landesregierungen entstanden sind. Dies ist in Baden-Württemberg z.B. im Zusammenhang mit dem für Lehramtsstudenten verpflichtenden ethisch-philosophischen Grundlagenstudium bereits geschehen. Dieses wird seit dem Sommersemester 2007 aus Studiengebühren finanziert und nicht mehr aus Landesmitteln, wie zuvor der Fall war. Im Endeffekt werden auf diese Weise durch Studiengebühren kurz- und mittelfristig weitere Kürzungen des Bildungsetats ermöglicht.

### **Alternativen zu Studiengebühren**

Studiengebühren sind nicht, wie oft behauptet, der einzig mögliche Weg, um Geld in die Kassen der Hochschulen zu bringen. Eine (einkommens-)steuerbasierte Finanzierung des Bildungssystems könnte die Finanzierung gerecht auf den Schultern aller verteilen. Dabei würden insbesondere diejenigen, die ein kostenfreies Studium genießen konnten und nun oftmals zu den Besserverdienenden gehören, auch den größten Anteil der Gelder aufbringen. Dies wäre beispielsweise durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine angemessene Erbschaftsteuer oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu erreichen.

Bereits 2003 wurde durch den DGB Hessen-Thüringen das finanzielle Potential einer wieder eingeführten Vermögenssteuer beziffert. Eine Vermögenssteuer von 1% bei einem Freibetrag von 500.000 Euro (davon wären ca. 3% aller Haushalte betroffen) brächte z.B. dem Land Hessen eine Mehreinnahme von 1,2 Milliarden Euro, was etwa dem Zehnfachen dessen entspräche, was den Hochschulen in Hessen durch Studiengebühren zufließt.

### **Studiengebühren im gesellschaftlichen Kontext**

Studiengebühren haben vielfältige Auswirkungen: Durch ihre Einführung wird die bestehende Unterfinanzierung der Hochschulen nicht behoben, sondern in Struktur gegossen. Die Tatsache, dass der Bildungserfolg und damit auch oftmals die spätere Karriere in hohem Maße vom Elternhaus abhängig sind, verstärkt sich durch die Einführung von Studiengebühren zunehmend. Zusätzlich verschärfen Abiturienten, die durch Studiengebühren vom Studium abgeschreckt werden, die prekäre Situation auf dem Lehrstellenmarkt. Darüber hinaus wird der steigende Bedarf an Jobs zur Lebensfinanzierung von Studierenden regulär Beschäftigte aus Arbeitsstellen verdrängen. Da diese Jobs für die ArbeitgeberInnen meist steuerfrei sind, vermindern sich zusätzlich die Steuereinnahmen des Bundes. Auch die Bereitschaft, auf ArbeitnehmerInnenrechte zu verzichten, wird durch die Not, Kreditschulden tilgen bzw. sich das Studium finanzieren zu müssen, verstärkt.

Studiengebühren bilden also keine isoliert zu betrachtende Thematik, sondern sind in einem gesamtpolitischen Rahmen zu betrachten. Dieser besteht unter anderem aus dem Rückzug des

Staates aus seiner Verantwortung für jeden einzelnen Bürger sowie einer Unterordnung der Politik unter sogenannte marktwirtschaftliche Zwänge. Im gesellschaftlichen Kontext kann man die Veränderungen im Bildungswesen als ein Beispiel für die unsoziale Politik der letzten Jahrzehnte in Deutschland heranziehen. Hartz-Gesetzgebung, Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, Streikverbote und zunehmende Privatisierung sind Produkte einer Politik für Privilegierte, für ein System, in dem Armut vererbbar gemacht wird. 10% der Bevölkerung besitzt zwei Drittel des deutschen Privatvermögens (Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung). Die Kinderarmut stieg in Deutschland dieses Jahr auf unglaubliche 14% (Kinderreport 2007).

Diese Politik der Risikoindividualisierung und des Rückzuges des Staates aus seiner sozialen Verantwortung, die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen äußert, muss in einem größeren Zusammenhang betrachtet werden.

Im Bildungssektor ist hier allen voran die Bertelsmann-Stiftung zu nennen, die mit Hilfe des „Centrums für Hochschulentwicklung“ (CHE) die Privatisierung des Bildungswesens nachhaltig vorantreibt. Diese Entwicklung reiht sich dabei nahtlos in die Privatisierung der Altersvorsorge und des Gesundheitssystems ein, von der hauptsächlich die beteiligten Konzerne profitieren.

Privatisierung beginnt mit der Vergabe von Eigentumsrechten an Privatpersonen, die selbständig den Preis der Ware festsetzen können. Dieser Preis soll als Koordinationsmechanismus den Markt lenken, d.h. Angebot und Nachfrage in ein Gleichgewicht bringen. Für das Bildungswesen bedeutet dies, dass nur noch diejenigen studieren werden, die sich die Ware Bildung leisten können. In dieser Privatisierungslogik ist der freie Zugang zu guter Bildung nicht für alle vorgesehen. Er soll nur gewährt werden, wenn er der Nachfrage nach verwertbarem Humankapital entspricht. Die Abhängigkeit des Bildungserfolges vom finanziellen Hintergrund verstärkt sich so zunehmend, sodass sich die Elitenreproduktion der Gesellschaft verfestigt.

Für die Zukunft unserer Gesellschaft brauchen wir sowohl gebildete und mündige BürgerInnen, als auch gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen. Ausschluss von Bildung bedeutet Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe. Sowohl Demokratie als auch Volkswirtschaft sind auf freie und gute Bildung für möglichst viele ihrer BürgerInnen angewiesen. Deutschland hat im europäischen Vergleich überdurchschnittlich wenige AkademikerInnen und immer mehr junge Menschen verlassen ohne Abschluss die Schule (bundesweit schwankend um 7-9% laut Stat. Bundesamt).

Es wird viel über Bildung geredet, doch konkretes Handeln, welches die vorherrschenden Missstände ernsthaft beheben könnte, bleibt aus. Anstatt ein gerechtes und allen zugängliches Bildungssystem zu garantieren, zementiert die Einführung von Studiengebühren die gegenwärtige Bildungsmisere.

## **Der Boykott der Studiengebühren ist legitim und notwendig!**

Die negativen Konsequenzen der Studiengebühren werden auf die Gesellschaft zurückfallen und somit jeden Einzelnen betreffen. Deshalb muss auch der Widerstand auf breiter Basis stattfinden. Es geht nicht nur um Studiengebühren, sondern um die Privatisierung des Bildungssektors und anderer Bereiche des öffentlichen Lebens.

Bildung muss ein freies und gemeingeseftliches Gut sein. Dazu gehören gebührenfreie Meisterschulen und Kindertagesstätten, eine allgemeine Lehr- und Lernmittelfreiheit und studentische Mitbestimmung an den Hochschulen.

Ein Boykott der Studiengebühren ist notwendig, um dieser gesellschaftlich und volkswirtschaftlich unsinnigen Entwicklung entschlossen entgegenzuwirken. Er verleiht den Studierenden Baden-Württembergs, einem Bundesland, in dem die organisierte politische Partizipation der Studierenden innerhalb der Hochschulen seit 1977 verboten ist, eine Stimme, die ihnen anders nicht zuteil wird.

Während keiner Phase des Gesetzgebungsprozesses wurde die Meinung der provisorischen Studierendenvertretungen in Baden-Württemberg oder der bundesweiten Studierendenvertretung fzs (Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften) ernsthaft berücksichtigt. Auch viele Stellungnahmen von hochschulpolitischen Akteuren, wie etwa des Deutschen Studentenwerkes (DSW) zum Hochschulgebührengesetz, insbesondere zur Darlehensregelung, wurden nicht berücksichtigt.

Der Boykott ist - als organisierte Konfrontation der Hochschule mit der möglichen Selbstexmatrikulation einer großen Menge Studierender - ein Mittel, um zu zeigen, dass die unrechtmäßige Fremdbestimmung über die Köpfe der Betroffenen hinweg nicht hingenommen wird. Der Boykott ruft die Studierenden und die Bevölkerung auf, sich mit all denen zu solidarisieren, die sich unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage sehen, ein Studium zu beginnen oder abzuschließen. Für eine erfolgreiche Boykottmobilisierung benötigen wir Ihre Unterstützung und Solidarität!

Wir, die Unterzeichnenden, erklären uns aus oben aufgeführten Gründen solidarisch mit den Studierenden, die an ihren jeweiligen Hochschulen in Baden-Württemberg organisiert die Zahlung der Studiengebühren verweigern. Studiengebühren sind sozial ungerecht, rechtlich nicht vertretbar und schaden letztendlich der Gesellschaft. Wir wollen darum alle Studierenden ermutigen, sich dem Studiengebührenboykott als notwendigem Widerstand gegen eine unsinnige Gesetzgebung anzuschließen.

Wir fordern die baden-württembergische Legislative auf, baldmöglichst über die Studiengebührengesetzgebung zu beraten und in Folge dessen Studiengebühren rasch abzuschaffen. Unterdessen bitten wir die jeweiligen Hochschulleitungen, die organisierte Zahlungsverweigerung ihrer Studierenden zu respektieren und sich mit ihren Studierenden gemeinsam gegen die Unterfinanzierung ihrer Hochschulen zu wenden.

**Für Solidarität und freie Bildung!**